

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 18 | 05.05.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 129/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Ärztinnen-/Ärzte-Ausbildungsordnung** 2015 (ÄAO 2015) geändert wird (3. Novelle der ÄAO 2015)

### [BGBl II 130/2023](#)

Verordnung des Bundesministers Arbeit und Wirtschaft über die Lagerung pyrotechnischer Gegenstände und Sätze in gewerblichen Betriebsanlagen und bloß vorübergehenden gewerblichen Einrichtungen 2023 (**Pyrotechnik-Lagerverordnung** 2023 – Pyr-LVO 2023)

### [BGBl II 134/2023 \(Anlagen\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über den **Normalkostentarif**

### [BGBl II 136/2023](#)

Änderung der Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die **Einführung des Klimatickets**

### [BGBl II 137/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für das Schuljahr 2022/23 (**COVID-19-Schulverordnung** 2022/23 – C-SchVO 2022/23) geändert wird

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABl L 118 v 04.05.2023, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2023/893 der Kommission vom 21. April 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/340 zur **Festlegung technischer Vorschriften** und von Verwaltungsverfahren in Bezug auf Lizenzen und Bescheinigungen von **Fluglotsen**

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

15.03.2023, [V 300/2021 ua](#)

**Oö BauO; Oö RaumordnungG;** Aufhebung eines Teils eines Flächenwidmungsplans und eines Örtlichen Entwicklungskonzepts mangels Begründung und Auseinandersetzung mit den **öffentlichen Interessen** der Änderung; Aufhebung des Bebauungsplans mangels Bestehens seines (aufgehobenen) Flächenwidmungsplans

15.03.2023, [E 3975/2021](#)

**AsylG;** Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status des Status des **subsidiär Schutzberechtigten**; unterlassene Auseinandersetzung mit der Sicherheitslage in Afghanistan

15.03.2023, [E 4152/2021](#)

**AsylG;** Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status des Status des **subsidiär Schutzberechtigten** sowie des Status des **Asylberechtigten**; unterlassene Aufklärung des Bf über seine Rechte

15.03.2023, [E 2948/2022](#)

**AsylG;** Verletzung in Rechten aufgrund eines auf die Dauer von zwei Jahren befristeten **Einreiseverbots**

15.03.2023, [E 3434/2022](#)

**AsylG;** Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung des Antrags auf ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht als Vertriebener; gänzliches Außerachtlassen des Parteivorbringens in einem entscheidungswesentlichen Punkt

15.03.2023, [E 238/2023](#)

**AsylG;** Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung des Antrags auf ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht als Vertriebener; gröbliche Verkennung der Rechtslage in einem wesentlichen Punkt

### B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

17.02.2023, [Ra 2019/17/0111](#)

**VwGVG;** § 34 Abs 3 VwGVG ermächtigt die VwG, bei Vorliegen der in Z 1 und 2 leg cit genannten Voraussetzungen ein **Beschwerdeverfahren** mit Beschluss auszusetzen, wenn beim VwGH ein Verfahren über eine Revision gegen ein Erkenntnis oder einen Beschluss eines VwG anhängig ist, in welchem dieselbe Rechtsfrage zu lösen ist; macht ein VwG von dieser Befugnis in einem Verwaltungsstrafverfahren Gebrauch, dann liegt ein Fall des § 34 Abs 2 Z 2 leg cit vor; daraus ergibt sich, dass die Zeit von dem **Aussetzungsbeschluss** bis zur Entscheidung durch den VwGH nicht in die Verjährungsfrist des § 43 Abs 1 leg cit einzurechnen ist

21.02.2023, [Ra 2021/17/0043](#)

**Schengener Durchführungsübereinkommen; Schengener Grenzkodex; FremdenpolizeiG;** der bloße Umstand, dass ein Drittausländer im (schengenweiten) Informationssystem zur **Einreiseverweigerung** ausgeschrieben worden ist, hat noch nicht

zwingend zur Folge, dass sich dieser nicht im Reiseverkehr frei im Hoheitsgebiet der anderen Mitgliedstaaten, die kein Einreiseverbot verhängt haben, bewegen darf; die Rechtswidrigkeit des Aufenthalts des über einen italienischen Aufenthaltstitel verfügenden Fremden in Österreich durfte nicht (bloß) deshalb angenommen werden, weil Norwegen gegen diesen ein an sich schengenweites Einreise- und Aufenthaltsverbot verhängt hat; die **Rechtmäßigkeit des Aufenthalts** des Fremden wäre vielmehr – wegen Vorliegen eines Aufenthaltstitels eines Schengen-Staats – nach § 31 Abs 1 Z 3 FremdenpolizeiG und nach Art 21 Schengener Durchführungsübereinkommen und Art 6 lit a, c und e Schengener Grenzkodex zu prüfen gewesen

#### 29.03.2023, [Ra 2022/01/0297](#)

**AsylG**; schriftliche Anträge auf **internationalen Schutz** sind – abgesehen von der Ausnahme des § 17 Abs 3 AsylG für in Österreich nachgeborene Kinder – explizit nicht zugelassen, sondern gem § 25 Abs 1 Z 2 leg cit als gegenstandslos abzulegen; daher können sie prinzipiell keine Rechtswirkungen erzeugen und sind nicht weiter zu behandeln

#### 31.03.2023, [Ra 2022/06/0237](#)

**VwGVG**; der Bescheid des Magistrats der Stadt Wien führt in seinem Kopf die Bezeichnung „Magistrat der Stadt Wien, MA 50 - Wiener Schlichtungsstelle“ an; die Fertigung erfolgte „Für den Abteilungsleiter:“, weshalb dieser Bescheid aufgrund seines äußeren Erscheinungsbilds nicht dem Bürgermeister der Stadt Wien, sondern dem Magistrat der Stadt Wien zuzurechnen ist; die VwG sind in jenen Fällen, in denen die Verwaltungsbehörde, deren Entscheidung bekämpft wird, unzuständig war, allein dafür zuständig, diese **Unzuständigkeit** – unabhängig davon, ob der Beschwerdeführer dies im Verfahren vorgebracht hat – aufzugreifen und den bekämpften **Bescheid ersatzlos zu beheben**; das VwG hätte daher bei richtiger rechtlicher Beurteilung die Unzuständigkeit des Magistrats der Stadt Wien gem § 27 VwGVG von Amts wegen wahrnehmen und den Bescheid ersatzlos aufheben müssen

#### 14.04.2023, [Ra 2023/06/0020](#)

**Tir BO**; bzgl **Bauaufträge**, die an den Eigentümer eines Bauwerks zu richten sind, ist die Feststellung der Eigentumsverhältnisse eine bei Erlassung dieses Bauauftrags zu beachtende zivilrechtliche Vorfrage; wer die bauliche Anlage errichtet oder die Bauanzeige eingebracht hat, ist hingegen nicht entscheidend; die Rechtsansicht des VwG, das die Erteilung des Beseitigungsauftrags an den Revisionswerber ohne **Feststellung der Eigentumsverhältnisse** als rechtmäßig erachtete, weil dieser die Bauanzeige vom 8. Juni 2022 bei der Behörde eingebracht, die gegenständliche bauliche Anlage errichtet und den Bescheid des Bürgermeisters der Gemeinde L vom 27. Juli 2022 nicht bekämpft habe, widerspricht dem klaren Gesetzeswortlaut des § 46 Abs 1 Tir BO

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

#### LVwG Bgld 07.03.2023, [E 181/12/2022.001/002](#)

**ImmissionsschutzG-Luft**; bereits nach dem Wortlaut der – seit der Novelle im Jahr 2010 insoweit unverändert gebliebenen – Bestimmung des § 14 Abs 2 Z 4 ImmissionsschutzG-Luft hat die Behörde bescheidmäßig die **Ausnahmegenehmigung für Fahrverbote** für maximal 36 Monate anzuordnen; dies ergibt sich unmissverständlich aus der Vorgängerbestimmung (in der eine [Höchst-]Frist von 6 Monaten normiert war) sowie aus den erläuternden Bemerkungen sowohl im Allgemeinen und im Besonderen Teil zur RV 782 BlgNr 24 GP; hingegen kann dieser Bestimmung nicht entnommen werden, dass die Ausnahmegenehmigung beliebig oft (auch bei Vorliegen der Voraussetzungen) „verlängerbar“ wäre

#### LVwG Nö 24.04.2023, [LVwG-AV-917/001-2022](#)

**BundesstraßenG**; Sinn und Zweck des § 16 Abs 1 BundesstraßenG ist, das geplanten Untersuchungen bzw Vorarbeiten entgegenstehende **fremde Eigentumsrecht** zu überwinden, um einem Antragsteller die Grundlagenbeschaffung für ein straßenrechtliches Bauvorhaben zu ermöglichen; daraus ist abzuleiten, dass ein zulässiger Antrag sich nur auf die in Zukunft noch geplanten Betretungen richten kann und die Behörde nicht ermächtigt ist, eine in der Vergangenheit gelegene **konsenslose Betretung** nachträglich zu genehmigen

LVwG Wien 29.03.2023, [VGW-001/101/3466/2023](#)

**AbzeichenG**; die **Verwendung von Odalrunen** kann von der Strafsanktion des AbzeichenG erfasst sein, wenn sie geeignet sind, den Geist einer verbotenen Organisation darzutun oder wachzurufen; eine solche Verwendung ist in einem Gesamtkontext zu sehen, wobei von einem durchschnittlichen Betrachter auszugehen ist; im vorliegenden Fall ist die Aufbereitung der auf dem T-Shirt enthaltenen Runen nicht geeignet den **Geist einer verbotenen Organisation** darzutun oder wachzurufen, da die Odal-rune lediglich Teil eines Worts ist und nicht isoliert dargestellt wird

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[04.05.2023, Rs C-40/21, \*Agentia Națională de Integritate\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Entscheidung 2006/928/EG – **Verfahren** für die **Zusammenarbeit** und die **Überprüfung** der **Fortschritte Rumäniens** bei der Erfüllung bestimmter Vorgaben in den Bereichen **Justizreform** und **Korruptionsbekämpfung** – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 15 Abs 1 – Art 47 – Art 49 Abs 3 – Öffentliches Wahlamt – Interessenkonflikt – Nationale Regelung, die ein Verbot der Bekleidung öffentlicher Wahlämter für eine vorbestimmte Dauer vorsieht – Sanktion, die zur Beendigung des Mandats hinzutritt – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[04.05.2023, Rs C-300/21, \*Österreichische Post \(Préjudice moral lié au traitement de données personnelles\)\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz natürlicher Personen** bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 82 Abs 1 – Anspruch auf Ersatz des Schadens, der durch eine unter Verstoß gegen diese Verordnung erfolgte Datenverarbeitung verursacht worden ist – **Voraussetzungen des Schadenersatzanspruchs** – Unzulänglichkeit eines bloßen Verstoßes gegen diese Verordnung – Erforderlichkeit eines durch diesen Verstoß verursachten Schadens – Ersatz eines immateriellen Schadens, der durch eine solche Verarbeitung entstanden ist – Unvereinbarkeit einer nationalen Regelung, die den Ersatz eines solchen Schadens von der Überschreitung einer **Erheblichkeitsschwelle** abhängig macht – Regeln für die Festsetzung von Schadenersatz durch die nationalen Gerichte

[04.05.2023, Rs C-389/21 P, \*EZB/ Crédit lyonnais\*](#)

Rechtsmittel – Wirtschafts- und Währungspolitik – **Aufsicht über Kreditinstitute** – Verordnung (EU) Nr 575/2013 – **Berechnung der Verschuldungsquote** – Risikomessgröße – Art 429 Abs 14 – Ausschluss von Risikopositionen, die bestimmte Anforderungen erfüllen – Teilweise Verweigerung der Erlaubnis – **Ermessen der Europäischen Zentralbank (EZB)** – Nichtigkeitsklage – Offensichtlicher Beurteilungsfehler – Gerichtliche Kontrolle

[04.05.2023, Rs C-487/21, \*Österreichische Datenschutzbehörde und CRIF\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – **Recht** der betroffenen **Person auf Auskunft** über ihre **Daten**, die Gegenstand der Verarbeitung sind – Art 15 Abs 3 – Zurverfügungstellung einer Kopie der Daten – Begriff ‚Kopie‘ – Begriff ‚Informationen‘

[04.05.2023, Rs C-516/21, \*Finanzamt X \(\) und machines fixés à demeure\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 135 Abs 2 Satz 1 Buchst c – Ausnahmen von der Steuerbefreiung nach Art 135 Abs 1 Buchst I – **Vermietung** von auf **Dauer eingebauten Vorrichtungen** und Maschinen im Rahmen der **Verpachtung** eines **landwirtschaftlichen Gebäudes**

[04.05.2023, verb Rs C-529/21 bis C-536/21 ua, \*Glavna direktsia „Pozharna bezopasnost i zashtita na naselenieto“ \(Travail de nuit\)\*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – **Arbeitszeitgestaltung** – Richtlinie 2003/88/EG – Art 1 Abs 3 – Anwendungsbereich – Art 8 – Art 12 – Sicherheit und Gesundheitsschutz von Nachtarbeitern bei der Arbeit – **Schutz für Nacharbeiter** in einem Maß, das der Art ihrer Arbeit Rechnung trägt – Richtlinie 89/391/EWG – Art 2 – Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor und Arbeitnehmer im privaten Sektor – Art 20 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Gleichbehandlung**

#### [04.05.2023, Rs C-60/22, Bundesrepublik Deutschland \(Boîte électronique judiciaire\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz natürlicher Personen** bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 5 – Grundsätze für die Verarbeitung – Rechenschaftspflicht im Hinblick auf die Verarbeitung – Art 6 – **Rechtmäßigkeit der Verarbeitung** – Von einer Verwaltungsbehörde erstellte elektronische Akte über einen Asylantrag – Übermittlung an das zuständige nationale Gericht über ein elektronisches Postfach – Verstoß gegen Art 26 und 30 – Keine Vereinbarung zur Festlegung der gemeinsamen Verantwortlichkeit und kein Führen eines Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten – Folgen – Art 17 Abs 1 – **Recht auf Löschung** (Recht auf ‚Vergessenwerden‘) – Art 18 Abs 1 – Recht auf Einschränkung der Verarbeitung – Begriff ‚unrechtmäßige Verarbeitung‘ – Berücksichtigung der elektronischen Akte durch ein nationales Gericht – Keine Einwilligung der betroffenen Person

#### [04.05.2023, Rs C-78/22, ALD Automotive](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2011/7/EU – **Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr** – Art 6 – Pauschaler Mindestbetrag von 40 Euro als Entschädigung für die dem Gläubiger entstandenen Beitreibungskosten – **Zahlungsverzug bei Dauerschuldverhältnissen** – Für jeden Zahlungsverzug geschuldete pauschale Entschädigung – Pflicht, dem Unionsrecht volle Wirksamkeit zu verschaffen – Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung – Allgemeine Grundsätze des nationalen Privatrechts

#### [04.05.2023, Rs C-99/22, Kapniki A Michailidis](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Verordnung (EWG) Nr. 2062/92 – Art 3 Abs 3 – Gültigkeit – **Gemeinsame Marktorganisation** – Rohtabak – Prämien für Käufer von Tabakblättern – Kürzung dieser Prämien nach Maßgabe der erworbenen Menge Tabak niedrigerer Klasse, Güte oder Qualität – **Rückwirkungsverbot** und Grundsatz des Vertrauensschutzes

#### [04.05.2023, Rs C-127/22, Balgarska telekomunikacionna kompania](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 185 – **Berichtigung der Vorsteuerabzüge – Ausgesonderte Gegenstände** – Späterer Verkauf als Abfall – Ordnungsgemäß nachgewiesene oder belegte Zerstörung oder Entsorgung

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

#### [04.05.2023, Rs C-560/20, Landeshauptmann von Wien \(Regroupement familial avec un mineur réfugié\) \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Einwanderungspolitik – Recht auf Familienzusammenführung** – Richtlinie 2003/86/EG – Familienzusammenführung von Flüchtlingen – **Unbegleiteter Minderjähriger** – Art 10 Abs 3 Buchst a – Eltern, die die Familienzusammenführung mit einem als Flüchtling anerkannten unbegleiteten Minderjährigen gemeinsam mit der behinderten volljährigen Schwester des Flüchtlings beantragen – In Art 10 Abs 2 und 3 nicht genannter Familienangehöriger des Flüchtlings – Art 3 Abs 5 – Recht der Mitgliedstaaten, günstigere Regelungen zu treffen – Art 4 Abs 2 Buchst. b – Familienzusammenführung mit volljährigen unverheirateten Kindern des Zusammenführenden, die aufgrund ihres **Gesundheitszustands** nicht selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können – Art 17 – Einzelfallprüfung von Anträgen auf Familienzusammenführung – Ausgewogene und sachgerechte Würdigung aller zu berücksichtigenden Interessen – Art 7 und Art 24 Abs 2 und 3 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

#### [04.05.2023, Rs C-454/21 P, Engie Global LNG Holding u.a./ Kommission \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Beihilferecht – Maßnahme des Großherzogtums Luxemburg zugunsten von Engie – Selektiver Vorteil – Bestimmung des Referenzsystems – **Prüfungsmaßstab** für einen **selektiven Vorteil im Steuerrecht** – Steuervorbescheid – Fehler in der Rechtsanwendung zugunsten des Steuerpflichtigen als selektiver Vorteil – Schachtelprivileg und verdeckte Gewinnausschüttung – Ungeschriebenes Korrespondenzprinzip – Auslegung innerstaatlichen Rechts durch die Kommission – Unrichtige Anwendung einer allgemeinen Missbrauchsvermeidungsvorschrift als selektiver Vorteil

#### [04.05.2023, Rs C-819/21, Staatsanwaltschaft Aachen \(GA Emiliou\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rahmenbeschluss 2008/909/JI – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Freiheitsstrafe**, die in einem Mitgliedstaat verhängt wurde, in dem nach Ansicht des Gerichts des Vollstreckungsmitgliedstaats das Justizsystem das **Recht auf ein faires Verfahren** nicht mehr garantiert – Möglichkeit, die Vollstreckung eines ausländischen Urteils zu verweigern

[04.05.2023, Rs C-88/22 P, QB/ Kommission \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Art 4 Abs 1 Buchst a des Anhangs VII des Statuts – **Auslandszulage** – Begriff ‚ständige hauptberufliche Tätigkeit‘ – Begriff ‚Dienst für einen anderen Staat

[04.05.2023, Rs C-148/22, Commune d'Ans \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – **Gleichbehandlung** in **Beschäftigung und Beruf** – Verbot von **Diskriminierungen** wegen der **Religion** oder der **Weltanschauung** – Art 2 Abs 2 Buchst a – Art 2 Abs 2 Buchst b Ziff i – Art 2 Abs 5 – Art 4 Abs 1 – **Dienstordnung einer öffentlichen Einrichtung**, die deren Bediensteten das Tragen sichtbarer Zeichen politischer, weltanschaulicher oder religiöser Überzeugungen am Arbeitsplatz untersagt – Einer Arbeitnehmerin auferlegtes Verbot des Tragens eines islamischen Kopftuchs – Grundsatz der Neutralität des Staates

[04.05.2023, Rs C-206/22, Sparkasse Südpfalz \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2003/88 EG – **Arbeitszeitgestaltung** – Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub – **Arbeitnehmer**, bei dem wegen seiner Exposition gegenüber dem Virus SARS-CoV-2 eine **Quarantäne** angeordnet wird – Quarantäne, die mit bezahltem **Jahresurlaub** zusammenfällt – Verschiebung des bezahlten Jahresurlaubs

[04.05.2023, Rs C-319/22, Gesamtverband Autoteile-Handel \(Accès aux informations sur les véhicules\) \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Markt für Kraftfahrzeugreparatur- und Kraftfahrzeugwartungsinformationsdienste – Verordnung (EU) 2018/858 – **Unabhängige Wirtschaftsakteure** – Leicht zugängliche Informationen in einem maschinenlesbaren Format, das elektronisch verarbeitet werden kann – **Fahrzeug-Identifizierungsnummer (FIN)** – Schutz personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Bedingungen für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten – Art 6 Abs 1 Buchst c

## C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

**28.04.2023, Beschwerde Nr [38263/08](#), Georgien/Russland GK**

Prüfung **Art 41 EMRK** (gerechte Entschädigung); Zuerkennung von **immateriellem Schadenersatz** an die antragstellende Regierung zugunsten identifizierter Opfer, der nur auf von ihr vorgelegten Beweisen beruht, da die beklagte Regierung nicht am Verfahren teilgenommen hat; **mangelnde Zusammenarbeit** der beklagten Regierung stellt kein Hindernis für die Prüfung von Ansprüchen auf gerechte Entschädigung dar

**02.05.2023, Beschwerde Nr [57818/18](#), Strassenmeyer/Deutschland**

**Keine Verletzung** von **Art 6 Abs 1 und 3d EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Unmöglichkeit**, einen Mitangeklagten zu **vernehmen**, der sich weigerte, vor Gericht auszusagen, und dessen belastende Aussagen vor der Verhandlung für die Verurteilung des Bf von erheblichem Gewicht waren; ausreichend ausgleichende Faktoren, die eine **faire und angemessene Bewertung** der Zuverlässigkeit **ungeprüfter Beweise** ermöglichen; die Rechte der Verteidigung wurden nicht in einem Ausmaß eingeschränkt, das mit den Garantien des Art 6 unvereinbar ist

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## IMPRESSUM

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Annreither, Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschräger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.